

Schmahl, Hans-Jürgen

Article — Digitized Version

## Ölkrise und Konjunktur

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Schmahl, Hans-Jürgen (1973) : Ölkrise und Konjunktur, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 53, Iss. 12, pp. 616-617

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/134616>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*



## Ölkrise und Konjunktur

Eine wichtige Rahmenbedingung der Wirtschaft hat sich verändert, seitdem die Arabischen Länder ihre Drohung wahrgemacht haben, das für die Industrieländer lebenswichtige Erdöl als Waffe einzusetzen. Völlig zutreffend hat der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Arndt, dies als einen Akt des Wirtschaftskrieges bezeichnet. Wenn sich die Erdölländer darauf beschränken würden, ihr Produkt unter Ausnutzung der Zwangslage der Käuferländer drastisch zu verteuern, dann wäre das unangenehm, aber nicht bedrohlich. Einem solchen Verhalten könnte man sogar noch positive Aspekte abgewinnen; es wäre ein heilsamer Zwang zu rationellerer Energieverwendung und zu beschleunigter Mobilisierung neuer Energiequellen. Aber eine Drosselung der Lieferungen von heute auf morgen kommt einem Gewaltakt gleich. Daran ändert der von manchen vorgebrachte Hinweis überhaupt nichts, daß man längerfristig ohnehin mit Erdölknappheit hätte rechnen müssen. Jene Knappheitspropheten, die sich vermeintlich durch die jüngsten Ereignisse bestätigt fühlen, verwechseln zwei grundverschiedene Sachverhalte.

Über Dauer und Ausmaß des partiellen Erdölembargos können nur Vermutungen angestellt werden. Die Hoffnung, es werde sich um eine kurze Episode handeln, steht neben der Befürchtung eines langen Anhaltens der Pressuren. Nahezu unabhängig von der Einschätzung der Dauer reduzierter Öllieferungen besteht aller Anlaß, die Abhängigkeit der Energieversorgung vom Erdöl zu verringern. Um dies in größerem Umfang zu erreichen, ist außer viel Geld auch viel Zeit erforderlich. Die Bemühungen müssen daher unverzüglich beginnen, und zwar unter der Devise „Umweltschutz ist wichtig, Energieversorgung ist noch wichtiger“. Da die Notwendigkeit einer so gearteten längerfristigen Strategie feststeht und da längerfristige Prognosen absolut spekulativ wären, sollte man sich vor allem den kurzfristigen Auswirkungen der Ölkrise zuwenden. Schon darüber gibt es teilweise irriige Vorstellungen.

Bei solchen Überlegungen darf die Wirkung der Ölkrise auf den Wirtschaftsablauf nicht isoliert, sondern sie muß zusammen mit der „eigentlichen“ Konjunkturtendenz gesehen werden. Diese stand aber schon vorher im Zeichen mehrerer Unwägbarkeiten, die eine „Wahrscheinlichkeits“-Prognose nahezu unmöglich machten. Man braucht nur die Ende Oktober veröffentlichte Gemeinschaftsdiagnose der Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute zu lesen. Sie konnte noch kein Ölembargo berücksichtigen, weil es das noch nicht gab, und vom Preisanstieg für Öl und Ölprodukte nur einen kleinen Teil dessen, was nunmehr Gewißheit ist. Unabhängig von solchen Einflüssen aber war die Prognose für das Jahr 1974 schon „aus mehreren Gründen mit besonders großen Unsicherheiten“ und mit „größeren Fehlermargen als üblich“ behaftet. Immerhin wurde die Unsicherheit eingegrenzt: „Im konjunkturellen Verlauf wird sich eine spürbare Verlangsamung des gesamtwirtschaftlichen Wachstums ergeben. Ob diese bis hin zur Stagnation führt, läßt sich gegenwärtig nicht voraussehen.“ Nicht viel anders war das Urteil, das der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in seinem Jahresgutachten 1973/74 einen Monat später fällte.

Die Ölkrise traf also schon auf eine Situation labiler Konjunktur, in der Tendenzen zur Stagnation angelegt waren. Die Ursachen für diese Labilität lagen, vereinfacht

gesagt, auf der Nachfrageseite und erklärten sich in erster Linie aus der Restriktionspolitik. Die sofortige Konsequenz der Ölkrise – in diesen ersten Wochen bestand die „Krise“ darin, daß bei unverändertem Angebot Angstkäufe das Gleichgewicht von Angebot und Nachfrage zerstörten – war eine negative Beeinflussung der Erwartungen mit Wirkung auf die Nachfrage. Sie schlug sich erstens in rapide sinkenden Autokäufen nieder, zweitens im Zurückstellen von anderen Käufen wegen der erhöhten Aufwendungen für Brennstoffe (deren Gegenwert zumindest teilweise ins Ausland floß) und drittens – sehr wahrscheinlich – in einer erhöhten Sparneigung, wie sie angesichts kritischer Situationen üblich ist. Diese Reaktionen bedeuten, daß die Konjunktur sich gegenwärtig mehr abschwächt, als sie es ohne die Ölkrise getan hätte. Käme das Ende der Krise bald in Sicht, so würde für 1974 gleichwohl festzustellen sein, daß die Wachstumsrate niedriger, die Preisanstiegsrate aber höher sein wird, als man noch vor kurzem annahm.

Negative Nachfragewirkungen wird es weiterhin geben, wenn das Ölembargo fortgesetzt wird. Hinzu kämen Produktionsbehinderungen. Geht man zunächst einmal davon aus, daß unerwünschte Nachfrageschwächen durch wirtschaftspolitische Maßnahmen kompensiert werden könnten, dann stellt sich als Hauptproblem der Produktionsausfall dar, der möglicherweise durch Energieknappheit entsteht. Hier kann man unter alternativen Annahmen über Dauer und Ausmaß der Liefereinschränkungen versuchen, Größenordnungen des Ausfallrisikos zu ermitteln. Dabei ist allerdings zu beachten, daß die verfügbaren Unterlagen – z. B. veraltete und zu wenig detaillierte Input-Output-Tabellen – nur sehr ungefähre Ergebnisse ermöglichen. Hier mögen einige wenige Zahlenhinweise die Zusammenhänge und Größen verdeutlichen. 20 % weniger Öl und Ölprodukte würden für die Industrie einen Ausfall an Energie von insgesamt 8 % bedeuten. Kurzfristige Substitution durch andere Energieträger und bevorzugte Belieferung könnten diesen Satz noch merklich reduzieren. Der Produktionsausfall wäre halb so groß wie der Energieausfall; die Elastizität des Energieverbrauchs in bezug auf die Produktion ist 0,5.

Zwanzig Prozent weniger Öl 1974 hieße also nicht viel weniger Industrieproduktion als in diesem Jahr. Da die Bereiche der Dienstleistungen im weiteren Sinne zunächst weniger betroffen würden, wäre so das viel zitierte „Nullwachstum“ des gesamten realen Bruttosozialprodukts möglich. Bei solchen Rechnungen ist allerdings unterstellt, daß es nicht zu großen Engpässen kommt. Eine Stagnation der gesamtwirtschaftlichen Produktion würde einen Beschäftigungsrückgang zur Folge haben. Denn die Produktivität wird, wenn auch langsamer, weiter steigen. Immerhin wird es unter den hier gemachten Annahmen nicht zu einer spektakulären Zunahme der Arbeitslosigkeit kommen. Daß die Neigung der Betriebe, Arbeitskräfte „einzusparen“, um so größer sein wird, je stärker der Lohnkostendruck ist, ist schon in der Gemeinschaftsdiagnose der Forschungsinstitute betont worden. Der Spielraum für beschäftigungsneutrale Lohnerhöhungen ist seitdem zumindest nicht größer geworden.

Die Aufgabe der Wirtschaftspolitik ist unter den gegebenen Umständen außerordentlich schwierig. Noch weiß man nicht einmal, auf welche Konstellation sie sich einzustellen hat: auf einen „normalen“ Konjunkturabschwung oder auf einen Zustand, in dem sich zyklische Nachfrageschwächen hier und durch Energiemangel verursachte Produktionsschwächen dort kumulieren. In beiden Fällen aber verschärft sich die Stabilitätsproblematik, denn die Preisfolgen der Ölkrise sind zum größten Teil irreversibel.

Die Wirtschaftspolitik muß also weiterhin einen Balanceakt zwischen Stabilitäts- und Beschäftigungsziel vollführen. Dies wird zur nahezu unlösbaren Aufgabe, wenn Nachfrageschwäche und Produktionsbehinderung zusammentreffen. Denn das eine erfordert Nachfrigestimulierung, das andere Knapphalten der Nachfrage entsprechend den Produktionsmöglichkeiten. Manche sehen die Lösung in „gezielten“ Nachfragespritzen bei anhaltender Globalrestriktion. Doch angesichts der vielfältigen Interdependenzen ist das praktisch kaum miteinander zu vereinbaren. Im übrigen war das „Zielen“ noch nie die Stärke der Politiker; sie hielten es stets mehr mit der Gießkanne. Das Ergebnis werden jedenfalls weiter verschlechterte Aussichten für den Geldwert sein.